



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Die Probe auf die nordamerikanische Weltpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Probe auf die nordamerikanische Weltpolitik



Seitdem die nordamerikanische Union mit dem Siege der „republikanischen“ Goldwährungs- und Hochschutzzollpartei, des industriellen großkapitalistischen Ostens und Nordens, bei der Präsidentenwahl Mac Kinleys im Jahre 1896 in die große Weltpolitik eingetreten ist, hat sie eine neue Periode ihrer Geschichte begonnen.

Bis dahin war ihre auswärtige Politik von der Monroedoktrin bestimmt worden; sie wollte darum mit dem Schlagworte „Amerika für die Amerikaner“ zwar jeden fremden Einfluß auf den ganzen Kontinent ausschließen und diesen möglichst unter die wirtschaftliche Herrschaft der Union bringen, aber weder auf Gebiets-erwerbungen jenseits der natürlichen Grenzen der Vereinigten Staaten aus-gehen, noch sich in außeramerikanische Angelegenheiten einmischen, soweit nicht etwa der Schutz von Staatsangehörigen dies verlangte. Die Erfolge waren nicht gering. Das bloße Nein der Union mitten im Bürgerkriege (1861 bis 1865) genügte, den mexikanischen Kaisertraum Napoleons III. und des Erz-herzogs Maximilian zu zerstören, und seitdem hat sich das nordamerikanische Kapital durch Unternehmungen aller Art, namentlich durch Eisenbahnbauten, die so gerettete große mittelamerikanische Bundesrepublik mehr und mehr wirt-schaftlich unterworfen. Mit großer Genugthuung sahen dann die Yankee's 1889 die Verwandlung des Kaisertums Brasiliens in eine Bundesrepublik, die die Republikanisierung Südamerikas vollendete. Sie bekämpften den franzö-sischen Panamakanal und bemühten sich seit 1880, den Clayton-Bulververtrag vom 19. April 1850, der für den geplanten Nicaraguakanal eine englisch-nord-amerikanische Verwaltung in Aussicht genommen hatte, aufzuheben, derart, daß der Kanal allein von Nordamerika gebaut und verwaltet werden sollte. Sie nötigten im November 1896 den Engländern die Einsetzung einer englisch-nordamerikanischen Kommission auf, um den Grenzstreit zwischen England und Venezuela zu entscheiden, der die Union an sich gar nichts anging, und sie suchten durch einen panamerikanischen Kongreß für eine engere Vereinigung

der sämtlichen amerikanischen Staaten, natürlich unter der Vorherrschaft der Union, Stimmung zu machen.

Das alles bewegte sich noch in den Schranken der Monroedoktrin. Zuerst wurden diese überschritten, als die Union 1893 die Königin der Havaiinseln entthronen und dort am 4. Juli 1894 die Republik proklamieren ließ; immerhin erschien das noch als eine Folgerung aus dem Plane des Nicaragua-Kanals, der es der Union wünschenswert machen mußte, einen Stützpunkt mitten in dem mit der Vollendung dieser neuen Wasserstraße an Wichtigkeit ungeheuer gewinnenden Großen Ozean zu haben, und auch die Fähigkeit, mit der sie an ihren Ansprüchen auf die Samoainseln festhielt, hing mit solchen Ausichten zusammen. Aber etwas völlig neues war es, als sie im April 1898 mit Spanien den Kampf nicht nur um Kuba und Portorico, die schon früher das Ziel von Flibustierfahrten gewesen waren, sondern auch um die Philippinen begann und den schwachen Gegner im Frieden von Paris vom 20. Dezember 1898 zum Verzicht auf diese letzten Reste des alten weltumspannenden Kolonialreichs Karls V. und Philipps II. nötigte. Eine weitere Folge dieses leichten Sieges waren die förmliche Einverleibung von Hawai am 12. August 1899 und die Erwerbung der Samoainsel Tutuila durch den Vertrag mit Deutschland und England am 14. November desselben Jahres. Als Herrin der altspanischen Antillen beherrscht die Union seitdem das amerikanische Mittelmeer und die Zugangsstraßen nach Mittelamerika, im Besitz der Philippinen, Havais und Tutuilas behauptet sie eine gebietende Stellung im Großen Ozean und unweit der Ostküste des asiatischen Festlands; sie ist jetzt der Grenznachbar nicht nur schwacher amerikanischer Republiken und des englischen Kanadas, das sich das Mutterland nur durch beständige Nachgiebigkeit erhalten kann, sondern auch Japans, Chinas, Deutschlands und Frankreichs. Die bequeme Stellung eines Staatswesens, das bisher kaum Nachbarn in politischem Sinne hatte und deshalb auch keine große auswärtige Politik zu treiben brauchte, ist aufgegeben, und die Union beansprucht die Geltung einer Weltmacht.

Das sieht alles sehr glänzend aus, aber thatsächlich steht es ganz anders. Kleine Inselländer, wie die Südseeinseln und selbst Portorico, kann die Union ohne besondere Anstrengungen beherrschen, aber in so ausgebreiteten und fremdartigen Gebieten, wie Kuba und vollends die Philippinen sind, erwachsen ihr die allergrößten Schwierigkeiten. Sie als Staaten in die Union aufzunehmen, auch wenn die Philippiner schon unterworfen wären, wozu trotz eines nordamerikanischen Okkupationsheeres von 60000 Mann augenblicklich nicht die allergeringste Aussicht ist, verbietet sich schlechterdings. Haben die Yankee schon mit den rebellischen Südstaaten trotz der Vorherrschaft des angelsächsischen Elements die allergrößte Not gehabt, und ist ihnen dort noch heute die „befreite“ Negerbevölkerung eine Quelle der ärgsten Verlegenheiten, so würde es vollends ganz unmöglich sein, die kubanischen Kreolen, Mulatten und Neger oder gar die philippinischen Tagalen als vollberechtigte Bürger in die Union aufzunehmen, Menschen, die seit Jahrhunderten unter einer despotischen Fremd-

herrschaft gestanden haben und in ihrer Masse zum Gebrauch demokratischer Freiheit gegenwärtig ungefähr so reif sein würden wie die Inder. Dazu würde eine solche Verfassung für Kuba wahrscheinlich die Gefahr einer kulturfeindlichen Neger- und Mulattenherrschaft heraufbeschwören, und die Nordamerikaner selbst würden den „Farbigen“ doch niemals die thatsächliche Gleichberechtigung einräumen. Wenn aber die Verwandlung Kubas und der Philippinen in Unionsstaaten an den Verhältnissen dieser Länder scheitern müßte, so widerspricht ihre Verwandlung in abhängige Gebiete mindern Rechts dem demokratischen Staatsrecht der Union, das einen solchen Zustand nur als vorbereitend bei den Territorien kennt und nur als vorübergehenden Ausnahmezustand bei den unterworfenen Südstaaten gekannt hat. Auch wenn man darüber hinwegsehen wollte, so würde die dann unvermeidliche Einsetzung von Statthaltern mit diktatorischer Vollmacht sehr undemokratisch sein und könnte bei solchen Herren höchst undemokratische Gelüste erzeugen. Es bliebe also nur eine lose Schutzherrschaft mit Militärstationen und Handelsverträgen übrig; aber ob ein solches Verhältnis bei dem unzweifelhaften Selbstgefühl dieser Bevölkerungen und dem steifen Hochmut der Yankee irgend welche Dauer haben würde, bleibt doch äußerst unsicher.

Kurz, diese ganze unter der Maske von Befreiungskriegen unternommene Eroberungspolitik auf so fremdartigem Grund und Boden, der niemals angelsächsisch werden kann, widerspricht dem Wesen der Unionsverfassung. Aber noch mehr: ihre ganze Verwaltung, die aus der Verfassung hervorgegangen ist, wird schwerlich imstande sein, diese neuen Aufgaben zu lösen. Eine starke Kriegsflotte hat sich die Union schaffen können, so gut wie das parlamentarische England seit Cromwell eine solche besessen hat, weil eine Marine in die innerpolitischen Kämpfe eines Staats kaum eingreifen kann. Ein starkes Landheer hat England niemals gehabt, und was es jetzt davon hat, das ist staatsrechtlich eine Einrichtung auf Zeit, ein Nothbehelf, dem ein Parlamentsbeschluß sofort ein Ende machen könnte. Denn die Engländer haben in der Armee lange eine Gefahr für ihre bürgerliche Freiheit gesehen, weil in der That auf sie gestützt ein Usurpator, wie es ihr größter Feldherr und Staatsmann Oliver Cromwell war, dem ganzen parlamentarischen Wesen leicht ein Ende machen konnte. Das moderne republikanisch-demokratische Frankreich hat das starke Heer als eine europäische Nothwendigkeit von der Monarchie übernommen, obwohl es schon zweimal ein revolutionäres Soldatenkaisertum gesehen hat; aber gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie schwer sich der selbstverständlich monarchische Geist eines solchen Heeres mit der offiziellen Staatsform verträgt, und wie nahe fortwährend die Gefahr eines militärischen Staatsstreichs liegt. Darum hat sich die Union bisher mit einer winzigen, noch dazu über das ganze ungeheure Land vertheilten stehenden Söldnerarmee von 25000 Mann und auch neuerdings mit einer Vermehrung auf nur 95000 Mann begnügt, eine verschwindende Zahl im Verhältnis zu einer Volksmenge von 70 bis 80 Millionen; im übrigen behilft man sich mit gänzlich ungeschulten Milizen und

für den Krieg mit geworbenen Freiwilligen. Denn in der That, die für ein großes stehendes Heer unentbehrlichen Bedingungen: eine von den politischen Schwankungen unabhängige Oberleitung, die straffe Disziplin und der Korpsgeist von Berufsoffizieren vertragen sich nicht mit der Verfassung und dem Geiste dieser Demokratie; ja eine große Armee könnte unter der Führung eines ehrgeizigen, populären Generals, namentlich eines solchen, der etwa auf Kuba oder auf den Philippinen jahrelang als Pascha gewirtschaftet hätte, was die harten Yankee's sehr wohl können, unter Umständen eine Gefahr für die Verfassung selber werden. So fehlt der Union auch heute noch eines der wichtigsten Rüstzeuge für die Weltpolitik, in die sie doch eingetreten ist. Aber auch ein andres fehlt ihr, die feste, stetige, sachkundige Verwaltung ihrer auswärtigen Angelegenheiten. Eine Bundesgewalt, die aller vier Jahre dem unberechenbaren Spiele der Volksabstimmung, praktisch dem rücksichtslosen Kampfe kapitalistischer Cliquen um die Macht ausgesetzt ist, ein Beamtentum, das bei jeder Präsidentenwahl wechselt, seine Ämter als Beute des Sieges der Partei betrachtet und die sittlichen Begriffe der Amtspflicht und Amtsehre kaum kennt, die können keine angestrenzte große Politik führen, und am wenigsten eine Weltpolitik.

Die Probe auf das Exempel fällt denn auch vor den Augen der ganzen Welt herzlich schlecht, ja beschämend aus. Der Sieg im spanischen Kriege war natürlich keine, denn hier hatte die Union nur die verlotterte Wehrkraft eines schwachen Feindes allein vor sich, keine ebenbürtige Macht. Daß sie mit den Philippinos nicht fertig wird, ist ihr freilich kaum hoch anzurechnen, denn an dieser Aufgabe würden wahrscheinlich auch andre Mächte scheitern. Aber in China! Hier trat sie neben den andern Großmächten mit dem Anspruch auf Gleichberechtigung auf, hier hieß es: Hic Rhodus, hic salta! und siehe da, die Union versteht nicht zu springen! Schon von Anfang an nahmen ihre Befehlshaber eine merkwürdig unsichere Haltung ein, sie beteiligten sich nicht an der Beschießung der Takuforts; die Kämpfe um Tientsin und den Marsch auf Peking machten sie noch mit, aber jetzt ist aus Washington die Weisung eingetroffen, die Truppen zurückzuziehen, und die Union leitet Friedensverhandlungen mit einem treulosen, brutalen und hochmütigen Gegner ein, der diese Trennung Amerikas von seinen „Bundesgenossen“ mit Hohn aufnimmt und dadurch in seinem Troke nur bestärkt wird.

Das ist einfach ganz jämmerlich, aber aus den Verhältnissen und der Lage der großen Republik leider erklärlich. Die Präsidentenwahl, die dem ganzen „Imperialismus“ ein Ende machen könnte, steht vor der Thür, und die Truppen werden auf den Philippinen gebraucht, der innere Parteikampf bestimmt also unbedingt auch die auswärtige Politik, und die gegenwärtige Wehrkraft der Union reicht für ihre neue Weltstellung nicht aus. Geht das so fort, dann liefert sie den Beweis, daß sie trotz ihres ungeheuern Länderumfangs, trotz ihres Reichthums und ihrer Volkszahl keine Großmacht ist, weil ihre politischen und militärischen Kräfte für eine solche Stellung nicht organisiert sind. Soll diese aber behauptet werden, dann erhebt sich die Frage, ob sich

die notwendigen neuen Organisationen mit der Demokratie vertragen. Das nordamerikanische Volk hat sich also darüber zu entscheiden, ob es die Fortdauer der Demokratie oder die Weltmachtstellung will. *



Unsre Kohlennot



ie Grenzboten haben kürzlich schon einen Aufsatz über die Kohlennot gebracht, der namentlich wertvolle Angaben über die bisherigen Leistungen der Bergwerke enthält. Wir wollen nun diese Frage auch einmal vom staatswissenschaftlichen und technischen Standpunkt aus beleuchten und versuchen, sie noch weiter zu klären.

Zunächst würde zu untersuchen sein, ob in Deutschland ernstlich von einer Kohlennot gesprochen werden kann. Es ist allerdings nicht zu bestreiten, daß augenblicklich eine große Nachfrage nach Kohlen herrscht, die die Steinkohlen- und Braunkohlenbergwerke scheinbar nicht befriedigen können. Leider wird eine Statistik über die fehlenden Kohlen sogar von den zuständigen Stellen, der Bergverwaltung, den Handels- und landwirtschaftlichen Kammern kaum geliefert werden können. Man ist also auf persönliche Eindrücke angewiesen. Und da scheint es dem, der den Verhältnissen näher steht, als ob das Publikum in diesem Jahre seine Einkäufe an Kohlen zu sehr überstürze. Aber zugegeben, es sei eine Kohlennot wirklich vorhanden, so könnte sie doch nur aus folgenden drei Umständen hervorgegangen sein. Erstens daraus, daß im vorigen Jahre durch den Streik der böhmischen Bergarbeiter die großen Vorräte an böhmischer und sonstiger Braunkohle, die in Mitteldeutschland jahraus jahrein bei den Händlern zu lagern pflegen, aufgebraucht sind. Zweitens daraus, daß die Eisenindustrie bei ihrem außerordentlichen Aufschwunge die jährlich übliche Mehrförderung der Steinkohlengruben in Anspruch genommen hat. Und drittens liegt der Schluß nahe, daß die englische Kohle, da sie zur Versorgung der großen Panzerflotten in China herangezogen werden mußte, zur Zeit im Norden Deutschlands weniger eingeführt worden ist, was die Handelsstatistik des Jahres später noch ausweisen wird.

Hierzu kommen eine stetige Zunahme der Bevölkerung in Deutschland, also ein Zuwachs an Kohlenverbrauchern, ein Aufschwung der Industrie und der Umstand, daß sich die Nachbarländer, die nicht in demselben Maße Steinkohle haben, von Jahr zu Jahr mehr unserm Kohlenmarke zuwenden. Da aber von diesen Ursachen der Kohlennot der Streik der böhmischen Bergarbeiter schon längst weggefallen ist, so dürften allmählich wieder normale Verhältnisse auf dem Gebiete des Kohlenmarkts zurückkehren, denn Englands Steinkohlengruben sind ungemein leistungsfähig. Und bei uns sind alle Steinkohlen-